



## Fraktionserklärung

### Umbau und Uferrenaturierung Strandbad Gemeinderatssitzung vom 30.09.2024

Sehr geehrter Oberbürgermeister Brand,  
Sehr geehrte Bürgermeister Hein und Müller,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

als neue Gemeinderätin habe ich mir lange überlegt, ob wir diesen Antrag zum Strandbad einbringen oder nicht. Ich habe viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, mit meiner Fraktion, mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und mit Planungs-Fachleuten geführt.

Am Ende sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir diesen Antrag einbringen. Denn es geht hier um ein bauliches Großprojekt, mit dem viele **Bürgerinnen und Bürger nicht einverstanden** sind. Und nein, es sind nicht nur die Stammgäste des Strandbads, die ihren Platz in der 1. Reihe der Liegewiese verlieren. Es geht um weit mehr Menschen – Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die IHR Strandbad so lieben wie es ist und die nicht damit einverstanden sind, wie mit ihren Steuergeldern umgegangen wird. Bei der **Online-Petition** haben bisher mehr als 700 Menschen unterzeichnet, besonders lesenswert sind hier die Kommentare.

Wenn wir es nochmal ganz neutral betrachten: **worum geht es hier eigentlich?**

Ein kleiner Teilbereich des Strandbads, die Mauer vor dem Kiosk mit ca. 95 m Länge, ist marode und muss saniert werden. Als Lösung, die jetzt kurz vor der Umsetzung steht, soll der gesamte Uferbereich von ca. 200 m, bis zum Steg und inklusive der Mole östlich davon, umgebaut werden. Da ein natürliches Ufer entstehen soll, ragt der Umbau weit in die bisherige Liegewiese hinein.

Die **Kosten** für dieses Projekt liegen bei ca. 2 Mio. €.

Ob das Strandbad nach dem Umbau besser oder ökologischer als vorher sein wird, scheint wohl Ansichtssache zu sein. Hier steht Argument gegen Argument. Wo sich Verwaltung und unsere Fraktion aber einig sind, ist bei den Kosten: würden wir heute entscheiden, dass nur der tatsächlich notwendige Bereich von 95 m umgebaut würde, dann hätten wir eine Kosteneinsparung von ca. 1 Mio. €, trotz dessen, dass die Firma bereits beauftragt ist und Entschädigungszahlungen anfallen.

Nebenbei bemerkt sind sowohl in der Sitzungsvorlage vom letzten Jahr wie auch in der aktuellen Sitzungsvorlage **Rechenfehler** enthalten. Bei der Sitzungsvorlage vom letzten Jahr wurden Gesamtkosten von 2 Mio. € angegeben, wenn man die einzelnen Kostenblöcke aber richtig addiert, so ergeben sich 2,1 Mio. €. Bei der aktuellen Sitzungsvorlage sind die Verlustkosten zu hoch angegeben. Wenn man hier richtig addiert, ergeben sich niedrigere Verlustkosten als angegeben.



Wie dem auch sei, wir hätten eine Einsparung von CIRCA 1 Mio. €, wenn wir nur das tatsächlich Notwendige umsetzen würden. Erlauben Sie mir ein kurzes Zitat aus dem Südkurier vom 23.09.: „Es gilt unter den OB-Kandidaten gesetzt, dass die **fetten Jahre** vorbei sind und die Stadt ein Sparprogramm braucht. Noch vor wenigen Jahren leistete sich die Stadt ein neues Sportbad sowie ein See- und Freibad.“ Mit der heutigen Abstimmung haben wir es in der Hand, ob wir uns auch noch ein neues Strandbad leisten. Wir haben es in der Hand, als neuer Gemeinderat den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass wir hier eine Entscheidung mit dem **Blick auf den negativen Haushalt** treffen und nicht alles umsetzen, was möglich ist, sondern nur die notwendigen Maßnahmen.

Und ich möchte noch einen **Vorschlag** zur **weiteren Kosteneinsparung** anbringen, hierzu würde ich Hr. Schechinger bitten, den Übersichtsplan und Schnitt 5 zu öffnen. In der Sitzungsvorlage wird argumentiert, dass eine reduzierte Uferrenaturierung nicht sinnvoll sei, da eine kleine Bucht anfällig für Treibgut und Schlickansammlungen wäre. Es muss aber nicht zwangsweise eine Bucht umgesetzt werden. Wenn wir uns den Übersichtsplan im linken oberen Bereich ansehen, sehen wir, dass der erste Teil der Renaturierung, direkt im Anschluss an das Wasserwerk, auf einer Länge von ca. 30 m, durch eine zweistufige Umgestaltung geplant ist. In Schnitt 5 sieht man, dass an der tiefsten Stelle 3 Reihen Flussbausteine verbaut sind. Dann kommt eine leicht geneigte abgeflachte Kiesfläche mit einem Gefälle von 1:14 und am oberen Ende sind 2 Reihen mit Sitzstufen vorgesehen. Würde man diese Umgestaltung über die gesamte Fläche der maroden Mauer bis zum Hafen umsetzen, dann könnte das bereits bestellte Material an Flussbausteinen und Sitzstufen dort ohne Mehrkosten verbaut werden. Dies wäre die einfachste Variante, die marode Mauer instand zu setzen, es würde weitere Kosten durch das bereits vorhandene Material einsparen und die neue Planung wäre einfacher, da diese Variante bereits für die ersten 30 m geplant und genehmigt wurde. Ein weiterer Vorteil dieser Variante wäre, dass hier keine Liegewiese verloren gehen würde.

Zu dem Thema **Liegewiese** möchte ich anmerken, dass das Stadtbauamt dieses wesentliche Argument, das gegen den geplanten Umbau spricht, nicht richtig bewertet: Das Stadtbauamt erkennt nicht den Unterschied zwischen "Liegewiese" und "Liegefläche". Auf den 2.400 m<sup>2</sup> abgeflachtem Gelände mit 50 cm Kiesfüllung wächst keine Wiese. Und wie wir von dem östlichen, bereits renaturierten Bereich wissen, liegen auf dem abgeflachten Kiesbereich äußerst wenige Menschen. Wir verlieren also 19 % der beliebten Liegewiese bei steigender Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren.

Bevor ich auf die weiteren Argumente eingehe, kurz zu den **rechtlichen Aspekten inkl. Wasserrecht**:

In der Sitzungsvorlage schreiben Sie, dass „grundsätzlich einmal abgeschlossene Verträge bindend sind“ und dass „Finanzknappheit und geänderte Gremienbeschlüsse keine ausreichenden Gründe für eine Vertragslösung sind.“ Dies wundert uns, denn ein Auftraggeber hat jederzeit das Recht bereits beauftragte, noch nicht ausgeführte Leistungen aus Kostengründen zu reduzieren. In Folge hat der Auftragnehmer lediglich das Recht auf Entschädigung, die wir korrekt berechnet haben und Sie in der Sitzungsvorlage bestätigt haben. Demnach ist in der Sitzungsvorlage ein Widerspruch enthalten. Bei einer Leistungsreduzierung gemäß



Bauvertrag, wie wir sie vorschlagen, besteht keine rechtliche Vorgabe, die eine Neuausschreibung erfordert. Daher wundern wir uns auch über die langen Bearbeitungszeiten, die Sie angeben. Wir gehen davon aus, dass die Änderung der Planung und auch die wasserrechtliche Genehmigung nicht allzu lange dauern sollten, da es sich ja nur um eine Planreduzierung handelt.

Bei den **weiteren Argumenten** möchte ich nicht auf alle eingehen, aber noch folgende Anmerkungen machen:

- Zu dem **Hauptkritikpunkt des BUND** bzgl. des **Kies** schreibt das Stadtbauamt, dass „Umlagerungsprozesse am Seeufer Teil der natürlichen Dynamik“ seien. Dass tonnenweise Kies aufgeschüttet wird, ist allerdings nicht natürlich und da sich in einem Strandbad mit tausenden Badegästen keine Pflanzen und kein Feinsubstrat zwischen dem Kies hält, die den Kies befestigen, wird er früher oder später verdriftet werden. Diese Erfahrungen wurden bereits in Hagnau-Kirchberg und in Eriskirch gemacht. Dass diesbezüglich Vorkehrungen zum Schutz der angrenzenden Biotope unternommen wurden, freut uns sehr und wir hoffen, dass diese den Kies aufhalten und den nächsten Hochwassern und Starkregen standhalten werden, denn der massenhafte Kies im Schilf östlich des Strandbades stellt bereits jetzt ein großes Problem dar.
- Beim Thema **Hochwasser und Starkregen** wären wir beim nächsten Thema: Das Stadtbauamt argumentiert, dass „*nicht exakt prognostiziert werden kann, wie sich das Wetter langfristig verändern wird und dass wir zukünftig eher mit einer Verknappung des Wassers rechnen müssen.*“ Wie kommen Sie zu dieser Annahme? Die Klimaprognosen bestätigen das Gegenteil: Zukünftig ist von noch mehr Niederschlagsaufkommen und Starkregenereignissen auszugehen. Durch den Temperaturanstieg in der Atmosphäre tragen die Wolken mehr Wasser mit sich und regnen im Stau der Alpen ab. Bisherige 5- oder 10- jährige Hochwasserstände werden in kürzeren Abständen auftreten und der Wasserpegel wird stärker schwanken als bisher. Sicherlich wird das Ufer unmittelbar nach dem Umbau ansprechend wirken, doch schon nach den ersten Hochwassern und Starkregenereignissen wird sich dies ändern.
- Zum Thema **Klimaschutz**: Auf unser Argument, dass der Abriss und Abtransport von tonnenweise Uferverbauung und Erdreich und der Hintransport und Einbau von tonnenweisem Kies und Wasserbausteinen nicht vereinbar mit den Klimazielen der Stadt ist, verweist das Stadtbauamt auf den Klima-Check der vorherigen Sitzungsvorlage. Dort ist zu lesen, dass kein Klima-Check durchgeführt wurde. Ich persönlich frage mich, wann wir endlich anfangen Verantwortung zu übernehmen.

Für die jetzige Abstimmung würde ich gerne an jedes einzelne Ratsmitglied plädieren, frei und unabhängig zu entscheiden, ob der geplante Umbau im Strandbad als **'hervorragende Ausgleichsmaßnahme'** für die **vorgesehene Treppenanlage im Uferpark** unterstützt werden sollte oder nicht. So viel zu dem Thema: „wir reißen hier Treppen ab, damit dort neue Treppen gebaut werden“ und nennen das dann Uferrenaturierung. Vielen Dank!